

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

10.08.2019 /19.20-19.50 Uhr
11.08.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Misstrauen gegenüber US-geführter Marine-Mission - Deutschland geht auf Distanz zur NATO-Führungsmacht USA
- Bürokratische Probleme? Warten auf Imame für Bundeswehr-Soldaten
- NATO-Mitglied ohne Streitkräfte – Schleichender Abschied Islands von bisheriger Sonderrolle?
- Nach Jahren ergebnisloser Gespräche – Neuer Ansatz für Verbot von Killerrobotern?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- Bürokratische Probleme? Warten auf Imame für Bundeswehr-Soldaten
- NATO-Mitglied ohne Streitkräfte – Schleichender Abschied Islands von bisheriger Sonderrolle? Und:
- Nach Jahren ergebnisloser Gespräche – Neuer Ansatz für Verbot von Killerrobotern?

Zunächst jedoch zum Persischen Golf. Weil der Iran dort Tanker festgesetzt hat, haben die USA eine Marine-Mission angekündigt, um die Handelsschiffe in der Straße von Hormus zu schützen. Washington hat die Bündnispartner gebeten, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Von Deutschland hat die NATO-Führungsmacht allerdings einen Korb bekommen. Die deutsche Haltung be-

kräftigte die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer noch einmal in dieser Woche:

O-Ton Demmer

„Das gilt für die gesamte Bundesregierung und Bundeskanzlerin: Wir stehen dem US-Vorschlag zurückhaltend gegenüber. Deswegen haben wir keinen deutschen Beitrag zu einer US-geführten Mission angeboten. Es geht darum, den Weg der Diplomatie weiter zu beschreiten und das Gespräch mit dem Iran natürlich in der gebotenen Klarheit zu suchen, um eine Entspannung der Lage zu erreichen.“

Denn die Bundesregierung hegt großes Misstrauen gegenüber der Iran-Politik der USA. Die Befürchtung ist, in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen zu werden. Denn seit dem US-Ausstieg aus dem Atomdeal im vergangenen Jahr haben die USA den Druck auf Teheran massiv erhöht und die Wirtschaftssanktionen drastisch verschärft. Mitglieder der US-Administration wie Sicherheitsberater John Bolton machen zudem keinen Hehl aus ihrer Absicht, das iranische Regime zu stürzen. Aus Sicht der Bundesregierung ist Washingtons Iran-Politik falsch und hochgefährlich. Berlin setzt lieber weiterhin auf Diplomatie und auf eine europäische Initiative. Die stellvertretende Regierungssprecherin Demmer:

O-Ton Demmer

„Grundsätzlich betrachtet die Bundesregierung den Vorschlag einer maritimen Schutzmission europäischer Staaten weiterhin als erwägenswert, und wir stehen dazu auch mit den europäischen Partnern im Austausch.“

In der Praxis ist dieser Zug allerdings schon abgefahren – auch weil Berlin viel zu lange gezögert hat, sich zu positionieren. Denn die Briten haben mittlerweile entschieden, sich an der US-Begleitmission zu beteiligen. Ein zusätzlicher europäischer Flottenverband – unabhängig von der US-geführten Operation – würde zudem wenig Sinn machen. Das gilt auch für die jetzt von Berlin angestrebte Beobachtermission in der Golf-Region.

Seit dem Amtsantritt von Trump sind die Differenzen zwischen Berlin und Washington immer größer geworden - auch in der Außen- und Sicherheitspolitik. Auf diesem Feld wollten die Europäer eigentlich als Reaktion auf die Trump-Politik Geschlossenheit demonstrieren und mit einer Stimme sprechen. Der Streit um eine europäische Marine-Mission am Golf zeigt jedoch einmal mehr:

Davon sind die Europäer noch weit entfernt. Die EU und auch die Exportnation Deutschland spielen beim internationalen Krisenmanagement bestenfalls eine Nebenrolle. Dass sich das in nächster Zeit ändern wird, darf bezweifelt werden.

Themenwechsel.

Immer mehr Bundeswehr-Soldaten haben einen Migrationshintergrund. Gestiegen ist daher auch die Zahl der Soldaten muslimischen Glaubens. Das Verteidigungsministerium geht von rund 3.000 Frauen und Männern aus. Da die Militärseelsorge einen hohen Stellenwert bei den Streitkräften hat, soll es neben den Militärpfarrern schon bald auch Imame geben. Das hat die Bundeswehrführung im Frühjahr angekündigt. Doch es gibt Probleme und betroffene Soldaten fühlen sich im Stich gelassen. Julia Weigelt weiß mehr:

Manuskript Julia Weigelt

Bevor Soldaten zum ersten Mal in den Auslandseinsatz gehen, bereiten sie sich und ihre Angehörigen auch auf den Fall vor, dass sie verwundet oder getötet werden könnten. Sie machen ihr Testament, viele auch eine Patientenverfügung. Für muslimische Soldaten ist dieser beängstigende Teil der Auslandsvorbereitung allerdings noch belastender:

O-Ton Hammouti

„Ich hab bei meinem Afghanistaneinsatz 2008 eine ‚Bedienungsanleitung‘ für meinen Chef geschrieben und mein Leichentuch selbst mitgenommen“,

erzählt Leutnant zur See Nariman Hammouti. Denn die Muslimin wusste: Die Bundeswehr hätte von islamischen Bestattungsvorschriften keine Ahnung gehabt. Deswegen die makabre „Bedienungsanleitung“: Welches Gebet bei der Leichenwaschung gesprochen und wie ihr Körper ohne Uniform in ein weißes Leinentuch gewickelt werden muss. Und selbst um das Tuch musste sich die Marinesoldatin selbst kümmern. Zudem informierte Hammouti einen Imam über ihren bevorstehenden Auslandseinsatz und mögliche Folgen - nicht zuletzt für ihre Eltern, die Angst um ihre Tochter hatten.

O-Ton Hammouti

„Ich finde meine Eltern haben schon genug durchgemacht. Und dann noch das, dass man sich um den Leichnam ihrer Tochter nicht richtig kümmert, und dass der geistige Beistand für meine Eltern dann nicht da ist, das ist zuviel.“

Es sind belastende Situationen wie diese, weshalb die 40-Jährige fordert: Die Bundeswehr braucht endlich Seelsorger für muslimische Soldaten. Dafür setzt sich Nariman Hammouti auch als Vorsitzende des Vereins „Deutscher Soldat“ ein, in dem sich Soldatinnen und Soldaten mit ausländischen Wurzeln organisiert haben.

O-Ton Hammouti

„Wir sind nicht weniger Wert als der christliche Kamerad oder die Kameradin“, sagt die Offizierin. Und doch seien muslimische Soldaten benachteiligt; etwa, wenn deren Familien eine Todesnachricht überbracht werde.

O-Ton Hammouti

„Die Fürsorge für die Angehörigen der muslimischen Kameraden ist in dem Moment nicht gegeben.“

Ein christlicher Seelsorger könne in dieser Situation einen Imam nicht ersetzen, sagt Leutnant zur See Hammouti und fragt:

O-Ton Hammouti

„Kann das ein Imam andersrum machen? - Wir dienen auch der Bundesrepublik Deutschland. Wir dienen auch für Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind eine Bundeswehr, wir machen alles zusammen. Und bei den Religionen wird ein Unterschied gemacht. Und ich finde, das ist ein Unding.“

Die Debatte über Imame bei der Bundeswehr werde seit über 15 Jahren geführt. Lange begründete das Verteidigungsministerium seine Absage an muslimische Soldaten damit, es müsse erst 1.500 Soldaten einer Glaubensrichtung in den Streitkräften geben, bis es für sie einen Seelsorger gebe. Nachdem die Zahl muslimischer Soldaten jedoch zwischenzeitlich auf 3.000 geschätzt wurde, tauchte ein neues Argument auf: Weil muslimische Verbände - anders als Kirchen - keine Körperschaften öffentlichen Rechts seien, könne der Staat mit den islamischen Verbänden keinen Vertrag über die Militärseelsorge schließen.

Eine Argumentation, die Burhan Kesici allerdings nicht gelten lässt. Der Verbandsvorsitzende des Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland sagt:

O-Ton Kesici

„Wir hören das relativ oft. Und wir sehen: Wenn der Staat möchte, dann kann er auch in bestimmten Bereichen zusammenarbeiten, auch wenn kein Körperschaftsstatus vorhanden ist. Diesen Körperschaftsstatus führt man immer an, wenn man nicht kooperieren möchte.“

Dabei habe es vor rund zwei Jahren zunächst vielversprechend ausgesehen, sagt der Politikwissenschaftler Kesici.

O-Ton Kesici

„Wir hatten mit der Bundeswehr darüber im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz gesprochen. Und es gab auch ein Beratungsgremium der Ministerin, wo wir dann einen muslimischen Vertreter hinschicken wollten, der das Gremium und die entsprechenden Institutionen beraten sollte. Aber wir haben seitens des Militärs keine Antwort bekommen und wissen auch nicht, wie man damit umgegangen ist.“

Ein Grund für die Zurückhaltung könnte allerdings beim Islamrat selbst liegen. Als einer von mehreren islamischen Dachverbänden ist er zwar Teilnehmer der deutschen Islamkonferenz. Einer seiner Mitgliedsvereine ist jedoch die vom Verfassungsschutz beobachtete Organisation Mili Görüs, der radikal-islamistische Positionen vorgeworfen werden.

Es ist also kompliziert, und dennoch:

O-Ton Lindner

„Wir brauchen da einfach mehr Pragmatismus“,

sagt der Bundestagsabgeordnete Tobias Lindner von den Grünen.

O-Ton Lindner

„Umschauen, wer vertrauenswürdig ist und mit den Menschen anfangen zu arbeiten.“

Die gesamte Debatte sei ein typisch deutsches Problem, sagt der Verteidigungsexperte der Grünen genervt. Bei anderen Armeen gehe das ja auch. So gibt es Militär-Imame etwa beim österreichischen Bundesheer. Und wenn Deutschland aus rechtlichen Gründen keinen Staatsvertrag mit

muslimischen Verbänden schließen könne, müssten halt andere Lösungen her, sagt Lindner.

O-Ton Lindner

„Selbst, wenn es dann Probleme gibt, die zu verbeamten oder einzustellen: man kann ja auch über Gestellungsverträge oder sonstige Konstrukte dafür sorgen, dass auch Seelsorge für muslimische Soldaten geleistet werden kann.“

Die Zeit dränge, denn die Bundeswehr werde immer vielfältiger, sagt der Grünen-Abgeordnete. Auch bei Glaubensfragen.

O-Ton Lindner

„Die Angehörigen, die muslimischen Glaubens sind, sollen sich auch aufgehoben fühlen in den Streitkräften. Muslime, die in der Bundeswehr dienen, sind ja keine Soldaten zweiter Klasse.“

Eine Linie, die mittlerweile auch das Verteidigungsministerium vertritt. Spätestens nach der Zusage der damaligen Ministerin Ursula von der Leyen soll es zukünftig außer den rund 100 evangelischen und gut 70 katholischen Militärpfarrern auch muslimische und jüdische Militärseelsorger in den Streitkräften geben.

Schwung in die Debatte brachte im Februar der Wunsch des Zentralrats der Juden, Militärrabbiner für die rund 300 jüdischen Bundeswehrsoldaten einzustellen. Damit solle an eine Tradition aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus angeknüpft werden. Einen entsprechenden Staatsvertrag handelt das Verteidigungsministerium nach eigenen Angaben gerade mit dem Zentralrat der Juden aus. Die ersten Militärrabbiner sollen schon nächstes Jahr eingestellt werden.

In Sachen Militär-Imame herrscht jedoch weiter Unklarheit. Das Ministerium prüfe Einzelvereinbarungen mit muslimischen Gemeinschaften und Verbänden oder auch mit Einzelpersonen, teilte ein Sprecher auf Anfrage von NDR Info mit. Der Arbeitsbeginn muslimischer Militärseelsorger sei jedoch derzeit nicht absehbar.

Die Voraussetzungen sind jedenfalls klar: Militär-Imame müssen gut Deutsch können, einen in Deutschland anerkannten Hochschulabschluss in islamischer

Theologie besitzen und in deutschen Gemeinden Erfahrungen gesammelt haben. Außerdem müssen sie eine Sicherheitsüberprüfung durchlaufen. Was die neue seelsorgerische Vielfalt in den Streitkräften kosten wird, steht laut Ministerium noch nicht fest. Für die christliche Militärseelsorge hat das Verteidigungsministerium vergangenes Jahr 43 Millionen Euro ausgegeben.

O-Ton Hammouti

„Ob da jetzt auch was für die islamischen Kameraden kommt, das glaub ich erst, wenn es da ist. Und ich bin skeptisch dem gegenüber“,

sagt Leutnant zur See Nariman Hammouti.

O-Ton Hammouti

„Es sitzen dann da oben meistens alte weiße Männer, die entscheiden, wie es mir am besten geht und was mit mir gemacht wird.“

Die Marine-Offizierin ist genervt von der Bundeswehrebürokratie im Schneckentempo, während der Bedarf in der Truppe immer größer werde. Etwa, wenn traumatisierte islamische Kameraden aus dem Einsatz zurück nach Deutschland kämen.

O-Ton Hammouti

„Wissen Sie, wie schnell solche Salafisten sie dann in ihren Fängen haben können? Wenn die dann nach geistigem Beistand suchen oder dem Sinn des Lebens. Das geht relativ schnell. Und deswegen sollten wir selbst dafür sorgen, dass unsere Soldaten richtig betreut werden.“

Nariman Hammouti hat viel Zeit und Energie für die Integration von Muslimen in die Bundeswehr aufgebracht. Doch langsam kommt die 40-Jährige an ihr Limit:

O-Ton Hammouti

„Der Beirat Innere Führung, den hab ich auch gefragt: Jetzt reden sie die ganze Zeit über uns, aber nicht mit uns. Und sie haben das Potenzial innerhalb der Streitkräfte. Sie haben Vereine, die sich engagieren. Ich hab da immer so viel Motivation gehabt. Ich hab gedacht, ich mach da was, ich erreiche da was. Und seit ein paar Monaten denk ich mir: Es ist egal was ich sage, das wird belächelt. Lassen wir sie mal reden.“

Und dann gelte die Bundeswehr-Regel: Das haben wir schon immer so gemacht, und so bleibt es, weil es ja funktioniert hat. Dieser Irrglaube war noch nie so falsch wie heute.

* * *

Flocken

Soweit Julia Weigelt.

Die NATO ist ein Militärbündnis mit 29 Mitgliedsstaaten. Eine besondere Rolle spielt dabei Island. Denn das Land hat keine Streitkräfte. Wichtig ist das Land für das Bündnis aber trotzdem - vor allem aufgrund seiner geostrategischen Lage. Doch in Island selbst ist die NATO-Mitgliedschaft zunehmend umstritten. Carsten Schmiester hat sich in der Hauptstadt Reykjavik umgehört:

Manuskript Carsten Schmiester

Es war ein Besuch bei Freunden und auch wieder nicht. Auf jeden Fall war es eine diplomatische Herausforderung für beide Seiten: Für Katrín Jakobsdóttir, Islands Premierministerin, und für NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Der Norweger war im Juni auf der Insel, um das NATO-Gründungsmitglied Island kräftig zu loben. Und das tat er auch, während seine Gastgeberin mit leicht angespanntem Lächeln schweigend daneben stand. Sie gehört der Linksrünen Partei an und ist – eigentlich – NATO-Gegnerin, aber eben auch Chefin einer großen Koalition von sehr Links bis ziemlich Rechts und die hatte sich bei schwierigen Verhandlungen darauf geeinigt, das Militärbündnis weiterhin zu unterstützen. Stoltenberg machte das Beste daraus:

O-Ton Stoltenberg (Overvoice)

„Unterschiedliche Auffassungen sind kein Zeichen der Schwäche, sondern der Stärke. Ich weiß, dass es bei den isländischen Parteien unterschiedliche Auffassungen gibt, was die NATO angeht. Aber im Parlament gibt es eine große Mehrheit für die NATO und darauf kommt es mir als deren Generalsekretär an.“

Soweit, so gut? Nein, sogar noch besser! Als ob er die Zweifler und Skeptiker überzeugen wollte, gab er Island als einzigem Bündnispartner ohne eigenes Militär dennoch eine Eins mit Sternchen. Die Botschaft: Euer Beitrag ist wichtig!

O-Ton Stoltenberg (Overvoice)

„Ihre strategische Lage hilft, die USA und Europa aneinander zu binden. Zweitens: Sie helfen uns auf See und aus der Luft bei der Überwachung des Nordatlantiks. Und dann sind wir dankbar für ihren zivilen Beitrag zu verschiedenen NATO-Einsätzen in Afghanistan, im Irak, im Kosovo. Wir danken ihnen weiter für ihre Hilfe bei der Zusammenarbeit mit Partnern in Georgien und in Jordanien.“

Das Land ist mit seiner Küstenwache in NATO-Missionen eingebunden. Es gibt die ICRU, die Isländische Krisenreaktionseinheit, in der international auch Polizei und Mitarbeiter des Außenministeriums eingesetzt sind. Sie verlagert gerade den Aktionsschwerpunkt von früher auch robusten Einsätzen auf vorwiegend diplomatische und humanitäre Missionen und engagiert sich seit längerem besonders in Genderfragen. Stoltenberg gefällt das:

O-Ton Stoltenberg (Overvoice)

„Sie haben eine führende Rolle gespielt, wenn es um Frieden und Sicherheit für Frauen geht. Wir wissen, dass es extrem wichtig ist, dass wir uns mehr für Frauen einsetzen im NATO-Hauptquartier und auch bei NATO-Operationen. Wir müssen sie schützen, denn wir wissen, dass Frauen stets am meisten verwundbar sind in einem bewaffneten Konflikt.“

In einem unscheinbaren Bürohaus mitten in Reykjaviks Innenstadt sitzt Borger Þór Einarsson von der liberal-konservativen Unabhängigkeitspartei. Der bekennende Pro-Amerikaner und Reagan-Fan ist Berater des Außenministers und er macht sich Sorgen um die Sicherheit seines Landes, das er immer häufiger als Ziel russischer Provokationen sieht.

O-Ton Einarsson (Overvoice)

„Bomber, die nahe am oder manchmal in unserem Luftraum fliegen und russische U-Boote. Das ist in den vergangenen Jahren mehr geworden. Wir sorgen uns um unsere Kabelverbindungen mit den USA und Europa und um vieles mehr. Aber nein, wir fühlen uns nicht so bedroht, wie nach ihrer Schilderung die baltischen Staaten.“

Was in Estland, Lettland oder Litauen, also in anderen kleinen Mitgliedsstaaten, sehr konkret als Bedrohung wahrgenommen wird und die meisten Men-

schen dort zu Befürwortern macht, hat in Island weniger Überzeugungskraft. Aber noch gebe es ein mehrheitliches „Ja“ zum Bündnis, sagt Einnarsson:

O-Ton Einnarsson (Overvoice)

„Die NATO ist eine geschlossene Gesellschaft von Nationen. Ihr anzugehören, hat eine Bedeutung und definiert uns als westliche Demokratie, die bereit ist, sich mit anderen westlichen Nationen jeder Aggression oder Tyrannei entgegenzustellen.“

Und das mit einer ordentlichen Portion Selbstbewusstsein. „Klein, aber oho“: Die Isländer fühlen sich als Mitglied ohne eigenes Militär in der NATO nicht an den Rand gedrängt, im Gegenteil:

O-Ton Einnarsson (Overvoice)

„Unser Außenminister ist auch für Verteidigung zuständig und nimmt an den Ministerrunden teil. Unsere Premierministerin ist dabei, wenn sich die Staats- und Regierungschefs der NATO treffen. Der Einfluss einzelner Mitglieder ist verschieden, aber wir reden mit.“

Und sie machen auch mit, bei großen Übungen zum Beispiel erst im vergangenen Jahr:

O-Ton Einnarsson (Overvoice)

„Wir nehmen an Übungen teil wie erst kürzlich an ‚Trident Juncture‘. Da haben wir Einrichtungen zur Verfügung gestellt und Unterstützung geleistet, etwa mit Personal auf der Luftwaffenbasis Keflavik. Bei diesen Übungen geht es aber um Dinge, die niemand jemals in Wirklichkeit erleben will.“

Der Schlusssatz ist entscheidend. Ein Zeichen auch nach innen an die NATO-Skeptiker in der Regierung: Wir alle wollen Frieden! Wobei Einnarsson der festen Überzeugung ist, dass Island allein diesen Frieden nicht sichern kann:

O-Ton Einnarsson (Overvoice)

„Die Parteien haben sich darauf geeinigt, dem Parlament zu folgen, das 2016 eine Resolution zur nationalen Sicherheit verabschiedet hat. Darin werden die NATO-Mitgliedschaft und das Verteidigungsabkommen mit den USA von 1951 als Grundpfeiler unserer Sicherheitspolitik genannt.“

Allerdings lässt man sich diese Sicherheitspolitik wenig kosten. Für 2019 sind umgerechnet knapp 16 Millionen Euro im Verteidigungshaushalt eingeplant, weit unter den von der NATO eigentlich geforderten zwei Prozent des Bruttoin-

landsprodukts. Island fühlt sich daran nicht gebunden und wird in entsprechenden NATO-Statistiken mangels eigener Streitkräfte auch gar nicht aufgeführt.

O-Ton Einarsson (Overvoice)

„Es hat immer Einigkeit unter den NATO-Mitgliedern darüber gegeben, dass Island kein Militär hat. Unser Beitrag zum Bündnis besteht aus der Bereitstellung von Einrichtungen und zivilem Know-how. Nehmen wir diesen Vergleich: Wenn wir auch nur einen Kampffjet vom Typ F 35 kaufen würden, würden wir weit über der Zwei-Prozent-Marke liegen und dennoch keinen wirklichen Beitrag leisten. Er wäre bedeutungslos.“

Die Insel selbst ist der wirkliche und wichtigste Beitrag mit Radarstationen oder dem militärischen Teil des Flughafens Keflavik. Die USA hatten ihn 2006 verlassen. Jetzt, da Russland seit der Annexion der Krim für die NATO kein Partner mehr ist, wird der Stützpunkt Berichten zufolge ausgebaut für den Einsatz amerikanischer Tankflugzeuge. Moderne U-Bootjäger sind schon da. Kommt da noch mehr? Einarsson verneint.

O-Ton Einarsson (Overvoice)

„Dafür gibt es keine Pläne. Sollte es aber auf den Tisch kommen, würde zum Beispiel der Außenminister keine Entscheidung treffen ohne eindeutige Zustimmung der Regierung und des Parlaments. Und ich kann mit Sicherheit sagen, dass so etwas innerhalb dieser Regierung sehr kontrovers gesehen würde.“

Und auch außerhalb. Stefan Pálsson ist Historiker, Veteran der isländischen Friedensbewegung und Mitglied im Parteirat der Linksgünen von Premierministerin Jakobsdóttir. Er hat immer wieder gegen die NATO-Mitgliedschaft seines Landes und gegen die Beteiligung an Missionen im Ausland demonstriert. Aktuell sei das zwar kein Thema, das die Leute auf die Straße bringe. Dafür fehle der konkrete Anlass. Grundsätzlich sieht er im Land und vor allem bei jüngeren Isländern aber einen, sagen wir, latenten Pazifismus.

O-Ton Pálsson (Overvoice)

„Wir Isländer sind generell stolz auf die Tatsache, dass wir keine Armee haben. Und nach meiner Erfahrung finden es die Leute hier nicht gut, wenn die Regierung oder Regierungsmitarbeiter etwa im Außenministerium versuchen, das Land quasi durch die Hintertür an Militäreinsätzen zu beteiligen.“

Genau das ist nach Pálssons Kritik aber passiert:

O-TonPálsson (Overvoice)

„Von den späten 1980er Jahren an über die 90er bis heute hat Island eine immer aktivere Rolle übernommen; aber ohne größere Debatten. Es scheint, dass die Regierung diese Auslandseinsätze im eigenen Land herunterzuspielen versucht, dass sie sich aber bei der NATO auf die Brust klopft und sogar versucht, den Eindruck zu erwecken, als hätten wir eine Armee oder etwas Ähnliches.“

Ein Fehler, meint er. Die beste Überlebensstrategie für ein kleines Land wie Island seien strikte Neutralität und gute Beziehungen zu den Nachbarn. Die einseitige Bindung an den Westen hält der isländische Historiker für gefährlich:

O-TonPálsson (Overvoice)

„Wenn amerikanische und russische U-Boote rund um unser Land verstecken spielen, ist das eine viel realistischere Bedrohung für unsere Zukunft als jedes weit herbeigeholte politische Szenario, in dem eine fremde Supermacht eine Invasion plant und hier die Macht übernehmen will.“

Das ist auch die offizielle Linie der regierenden Linksrünen, die sie aber in der großen Koalition nicht durchsetzen konnten. Trotzdem ist Parteimitglied Pálsson nicht unzufrieden mit seiner Parteichefin und isländischen Premierministerin, die beim Besuch von NATO-Generalsekretär Stoltenberg so artig neben ihm stand und – ganz Diplomatin – nichts sagte. Das sei zum Glück nicht immer so:

O-TonPálsson (Overvoice)

„Mich freut ihr Auftreten, wie sie zum Beispiel bei NATO-Treffen nukleare Abrüstung gefordert hat. Dafür gibt es hier große Unterstützung. Also, wir haben Grund zur Freude!“

* * *

Flocken

Ein Bericht von Carsten Schmiester.

In Streitkräfte und Strategien haben wir regelmäßig über sogenannte Killerroboter berichtet – also vollautonome Waffensysteme, die ihre Ziele selbständig suchen und dann ohne Zutun des Menschen bekämpfen. Die technische Entwicklung geht in diese Richtung. Seit Jahren treten allerdings Bemühungen, ein

Verbot solcher Waffen zu erreichen, auf der Stelle. In diesem Monat werden sich erneut Regierungsexperten in Genf zu Beratungen treffen. Absehbar ist aber schon jetzt, dass es keinen Durchbruch geben wird. Deshalb wird inzwischen über ganz neue Wege nachgedacht. Einzelheiten von Marc Engelhardt:

Manuskript Marc Engelhardt

Für Mary Wareham reicht es jetzt. Seit 2014 hat die Koordinatorin der "Kampagne gegen Killerroboter" die Gespräche unter dem Dach der UN-Waffenkonvention begleitet. Auf informelle Runden folgten Treffen einer Gruppe von Experten auf Regierungsebene. Wareham ist sicher: Wenn sich die Vertreter aus 125 Ländern in diesem Monat erneut treffen, dann braucht es nicht noch mehr Informationen.

O-Ton Wareham (Overvoice)

„Wir stehen jetzt am Scheideweg: Die Staaten müssen entscheiden, ob sie das in diesem Rahmen weiter erdulden wollen oder nicht, oder doch lieber versuchen, mit anderen Mitteln etwas zu erreichen.“

Nicht nur bei den Beobachtern der Gespräche wächst die Ungeduld. Botschafter äußern sich zwar nicht vor dem Mikrofon, aber immer mehr von ihnen teilen die Meinung, dass bis zum Jahresende eine Entscheidung fallen muss, wie es weitergeht. Sechs Jahre lang wird mittlerweile über die Definition autonomer tödlicher Waffensysteme diskutiert, werden ethische, moralische, technische, rechtliche und operationelle Fragen erörtert. Die eigentliche Arbeit der Staatenvertreter, nämlich Vorschläge zum Umgang mit diesen autonomen Tötungsmaschinen zu erarbeiten, hat noch gar nicht begonnen. Die Völkerrechtlerin Maya Brehm, die die Gespräche im Auftrag der britischen Nichtregierungsorganisation „Article 36“ verfolgt, sieht darin einen Vorsatz.

O-Ton Brehm (Overvoice)

„Wir haben nach wie vor einige Staaten, die an einem tatsächlichen Ergebnis in der nahen Zukunft nicht interessiert sind. Diese Staaten werden einen Kompromiss unterstützen, der möglichst lange Debatten vorsieht und ein sehr unambitioniertes oder unklares Ziel im Auge hat, vielleicht auch gar keins. Hauptsache, es wird weiter diskutiert.“

Den USA, China und Israel etwa wirft Brehm vor, ein Interesse an einer fortlaufenden Debatte zu haben, während in ihren Ländern autonome Waffensysteme erforscht oder entwickelt werden. Und Russland, dass es das August-Treffen von einer Woche auf zwei Tage zusammenkürzte. Kein gutes Zeichen für die Gespräche, denen Brehm eine Bedeutung über das Thema Killerroboter hinaus beimisst.

O-Ton Brehm (Overvoice)

„Die Debatte über autonome Waffensysteme ist auch ein Versuchsballon für den Umgang mit anderen neu entstehenden Waffensystemen, die in den kommenden Jahren mehr in den Mittelpunkt rücken werden. Und dort werden wir dann mit ganz ähnlichen Bedenken konfrontiert sein.“

Anders ausgedrückt: Scheitert die Regulierung autonomer tödlicher Waffensysteme, dann droht auch bei anderen neuen Waffen eine weitgehend ungesteuerte Entwicklung. Das wäre ein gewaltiger Rückschlag für die Vereinten Nationen. 1995 gelang es den Staaten noch, sich auf ein Verbot von Laser-Blendwaffen zu einigen. Auch die waren, wie die derzeit verhandelten Killerroboter, noch nicht im Einsatz. Es kann also gelingen, Waffen präventiv zu regulieren, betont Neil Davison vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz. Dazu müsse man die Gemeinsamkeiten betonen.

O-Ton Davison (Overvoice)

„Wenn es überhaupt eine Art von brüchigem Einverständnis zwischen den Regierungen gibt, dann ist es dieses: Dass der Mensch die Kontrolle und die Verantwortung beim Einsatz von Waffengewalt behalten muss. Aber das ist leicht gesagt. Problematisch ist, was das in der Praxis bedeutet.“

Genau darüber wurde in den vergangenen Jahren diskutiert. Klar ist, dass etwa Luftabwehrsysteme völkerrechtskonform sind, auch wenn sie schon heute über kurze Zeitspannen autonom agieren, weil sie defensiv ausgerichtet sind und Zivilisten nicht gefährden. Drohneneinsätze werden zwar aus der Ferne gesteuert, dennoch entscheidet in letzter Instanz immer ein Mensch, ob Raketen abgefeuert werden. Damit kann für die Tötung von Zivilisten immer ein Mensch verantwortlich gemacht werden - die Basis humanitären Völkerrechts. Würde ein Waffensystem dagegen allein auf Grundlage seiner Programmierung sein Ziel selbst auswählen und den Schießbefehl geben, wäre das anders. Und für Neil Davison undenkbar.

O-Ton Davison (Overvoice)

„Die zentrale Rolle des Menschen muss beibehalten werden, die Verbindung einer potenziell schwerwiegenden Entscheidung mit ihren Konsequenzen in der Realität. Wird diese Verbindung gekappt oder auch nur aufgeweicht, dann begeben wir uns auf gefährliches Glatteis.“

Für Davison ist das nicht nur eine Frage des Völkerrechts. Dass Computern auch aus ethischen Gründen nicht Entscheidungen über Leben und Tod überlassen werden dürfen, leuchte intuitiv jedem ein, sagt er - außer vielleicht denjenigen, die derzeit bei den UN darüber verhandeln. Doch selbst dort sind die meisten Länder für eine Ächtung autonomer Waffensysteme. Mehr als 100 Staaten sollen es sein. Auch die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag ausdrücklich festgelegt – Zitat:

Zitat

„Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten.“

Doch in Genf ist davon nicht die Rede, obwohl sich Beobachter wie Maya Brehm eine Vorreiterrolle Deutschlands dringend wünschen würden.

O-Ton Brehm (Overvoice)

„Deutschlands Haltung erlebe ich als ziemlich konfus. Wir haben Außenminister Maas, der sich sehr deutlich gegen autonome Waffensysteme ausspricht. Aber das steht im Widerspruch zu dem, was die deutsche Delegation in Genf tut. Deutschland wirbt hier für eine politische Erklärung, die zusammen mit Frankreich entwickelt wurde, und deren Inhalt nun wirklich nicht sehr ambitioniert ist.“

Genau solche Kompromisse fürchtet die Koordinatorin der Kampagne gegen Killerroboter, Mary Wareham. Sie glaubt, dass sie letztlich den Weg zu einer Legitimierung autonomer Waffensysteme ebnen. Auch deshalb ist sie zunehmend überzeugt davon, dass ein wirksames Verbot nur außerhalb der UN erreicht werden kann.

O-Ton Wareham (Overvoice)

„Wir halten uns immer noch alle Optionen offen, aber unsere Erfahrungen mit externen Prozessen sind gut. Sie scheinen der beste Weg, um möglichst starke Abkommen auf breiter Basis zu erreichen, auch wenn die dann von den großen Militärmächten womöglich nicht unterstützt werden. Abkommen wie das von

Kanada in den 90er Jahren lancierte Landminenverbot, oder das Verbot von Streumunition, das Norwegen ein Jahrzehnt danach initiiert hat.“

Ein anderer Weg wären Verhandlungen auf Grundlage einer Resolution der UN-Vollversammlung, wo die notwendige einfache Mehrheit sicher scheint. Auf diese Weise wurde 2017 in nur wenigen Monaten der Atomwaffenverbots-Vertrag ausgehandelt. Er ist aber nur für die Staaten bindend, die ihm zugestimmt haben. Atommächte haben das Abkommen jedoch nicht unterzeichnet. Auch das Problem des Stillstands unter dem Dach der UN-Waffenkonvention wäre mit einer Verlagerung nicht gelöst. Das wäre fatal, denn heiße Themen gibt es genug. Die Völkerrechtlerin Maya Brehm etwa sieht die dringende Notwendigkeit, die Technologie zum Thema zu machen, die hinter den Killerrobotern steckt.

O-Ton Brehm (Overvoice)

„Diese Technologie wird ermöglicht durch großflächige Überwachung, durch Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen, Sensoren-Netzwerke und so weiter. Diese übergreifenden Aspekte sind aus der UN-Debatte derzeit weitgehend oder ganz ausgeschlossen.“

Sollte die Entwicklung autonomer Waffensysteme fortgesetzt werden, sieht Brehm zudem die Gefahr heraufziehen, dass auch Terroristen und nichtstaatliche Milizen sie einsetzen. Auch deshalb hält die Völkerrechtlerin eine Einigung der Staaten für dringend geboten. Absehbar ist sie - sechs Jahre nach dem Start der Gespräche über Killerroboter - aber nicht.

* * *

Flocken

Marc Engelhardt berichtete.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendereihe können Sie in der ARD-Audiothek downloaden und nachhören. Auch vorangegangene Folgen – mit Hilfe der Smartphone App. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.